Häupl sieht „lupenreinen Sozialabbau“ in Regierungsplänen

2017-12-19 17:38

Wiens Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) befürchtet unter anderem einen Anstieg von Kriminalität durch die Regierungspläne von ÖVP und FPÖ. Bei den Armen zu sparen störe ihn als Sozialdemokraten ganz besonders, so Häupl.

Kopfschütteln über Gudenus-Vorschlag

Der Vorschlag des scheidenden Wiener Vizebürgermeisters Johann Gudenus (FPÖ), Asylquartiere am Stadtrand anzusiedeln, sorgt im Rathaus für rot-grünes Kopfschütteln. Von der Wiener ÖVP kommt dazu weder Lob noch Tadel.

Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) rechnete vor, welcher Aufwand getrieben werden müsste, um den Vorschlag umzusetzen und hatte auch einen launischen Vorschlag zur Hand: „Bei den ungefähr 13.000 Flüchtlingen, die wir derzeit in Wien in Privatquartieren haben, da möchte ich wissen, wo die 150 Flüchtlingsquartiere oder Flüchtlingshäuser hinkommen. Vielleicht in die Sisi-Villa im Lainzer Tiergarten.“

Grüne: „menschenverachtend“ und „inkompetent“

Scharfe Kritik äußerte die grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou. Dieser Vorschlag sei nicht nur menschenverachtend, sondern auch inkompetent. Denn Flüchtlinge in Massenquartiere am Stadtrand zu zwängen, würde wohl kaum die Integration dieser Menschen fördern. „Das sind mindestens zwei Traiskirchen“, veranschaulichte Vassilakou die Dimension an Personen. Angesichts der Aussage des designierten FPÖ-Klubchefs im Bund sei sie froh, dass Gudenus nicht Minister geworden sei.

Ausweichende ÖVP-Antworten

ÖVP-Landesparteichef und Neo-Minister Gernot Blümel wich auf Journalistenfragen, was er vom Vorstoß von Gudenus halte, konsequent aus: „Ich stehe zu dem, was wir mit der FPÖ ausgemacht haben, was den Integrations- und Asylbereich betrifft“. Diese „politischen Absichtserklärungen“ gelte es nun baldigst in eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung zu bringen.

Ob durch das geplante Aus für die individuelle Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen Massenquartiere die logische Konsequenz seien, beantwortete Blümel ebenso wenig wie die Frage, ob mit individueller Unterbringung lediglich Privatwohnungen oder auch NGO-Einrichtungen gemeint seien: „Das wird man sich genau ansehen.“

FPÖ: Keine individuelle Unterbringung mehr

Im ÖVP-FPÖ-Regierungspakt findet sich der Plan, dass individuelle Unterbringung für Asylwerber künftig nicht mehr möglich sein soll. Gudenus befand im Interview mit „Wien heute“, man solle Asylwerbern zeigen, dass es hier „doch nicht so gemütlich ist“, wie alle glauben würden. Welche Randbezirke er für Großquartiere konkret meinte, sagte Gudenus nicht.

Gudenus war noch 2016 vehement gegen „Massenquartiere“ aufgetreten. Die FPÖ hatte etwa gegen größere Notunterkünfte wie jenes in Liesing - das in einem ehemaligen Firmengebäude untergebracht wurde - demonstriert und damals sogar ausdrücklich die Verteilung auf kleinere Einheiten gefordert. Wie Gudenus erläuterte, bestand das Problem in Liesing nach Ansicht der FPÖ an der unmittelbaren Nähe zu Wohnbauten.